

auf die bairische Regierung und den der Regierung auf die deutsche Diplomatie zu überschätzen.

Vom Centrum wurde aus dem Munde des Abg. v. Berchenfeld darauf erwidert: man könne von der Regierung nicht fordern, daß sie, während die Unterhandlungen noch fortbauern, Erklärungen abgebe. Die Kammer hätte früher schon ihr konstitutionelles Recht gewährt und die Regierung sei der Ansicht der Kammer beigetreten und hätte in keiner Weise dem constitutionellen Rechte widersprochen. Er halte es aber nicht für klug, ohne eine äußere Veranlassung Proteste zu erheben, wenn man nicht die Macht habe, ihnen Nachdruck zu geben. Werde von der Diplomatie Inconstitutionelles beschlossen, so werde sich Baiern auf den Standpunkt zurückziehen, den es den beiden Großmächten gegenüber früher eingenommen hätte, und niemals werde die Kammer den Grundsatze preisgeben, daß in Baiern die Bundesbeschlüsse, die mit der Verfassung nicht im Einklange stehen, keine Geltung haben. Und um diesen Grundsatz zu wahren, bedürfe es keiner neuen Beschlüsse. Die Mission, welche unserm Heere zugehört worden, hätte er nie für möglich gehalten, sie sei sehr zu beklagen. Auch das sei eine Calamität wie die Dinge im Westen sich gestalten; aber es sei eine Frage, ob die bairische Regierung im Stande gewesen, etwas zu ändern. Eine gleiche Zeremonie wird über Schleswig-Holstein angestimmt, aber dabei versichert, daß alle diese Fragen zu fern lägen, um sie zum Gegenstande einer Adresse zu machen, zumal da man nicht hoffen darf, durch eine Adresse auf die Verhältnisse zu influenzieren. Ohnedies sei ohne eine Vorlage aller Urkunden, die nicht gegeben werden könne, eine gründliche Erörterung undenkbar. Die Reaction sei noch im Steigen, Baiern widerstehe (sic) ihr unter allen Staaten noch am meisten, denn nur hier wie in Hannover sei das constitutionelle Princip eine Wahrheit geblieben, während in allen andern Staaten octroyirt worden sei.

Der Ministerpräsident betrachtet es als eine innere Frage der Kammer, an deren Discussion die Regierung sich dieserhalb nicht betheiligen wolle. Nur wolle er über zwei angeregte Punkte Aufklärung geben, die Eröffnung der Session ohne Thronrede und über die Mißbilligung, welche der Haltung der Regierung zugehört worden. Niemand hätte dazu anrathen können, ungelöste Fragen in einer Thronrede zu berühren. Sehe man aber hiervon ab, so hätte man in der Thronrede nur sagen können: man habe vor fünf Monaten große Arbeiten unterbrochen und sei heute zusammengerufen, um sie wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Das geschehe aber angemessener durch den Mund des Ministers als vom Throne herab. Eine neue Aufzählung der Arbeiten sei aber umsoweniger nöthig gewesen, als diese schon oft genug besprochen sei. Auf die mißbilligenden Punkte könne er sich jetzt nicht einlassen, doch lehne die Regierung die Verantwortung für keine ihrer Acte ab, und sie werde zur rechten Zeit und am rechten Orte Rechenschaft ablegen.

Das linke Centrum nahm den Standpunkt der preussischen Kammer ein und will sich nicht zu ohnmächtigen Protestationen herbeilassen. Ohnedies, meinte ihr Redner Abg. Bang, sei die gegenwärtige selbst Adresse genug. Von der rechten Seite erfuhren wir durch den Abg. v. Lassaut, daß es voreilig sei, die in der Verfassung begründeten Forderungen des Episkopats Anmaßung zu nennen, zumal man noch gar nicht wisse, ob die Regierung denselben nicht bestimmen werde. Das volle Recht hätten die Bischöfe für sich und es sei nur eine Frage der Opportunität, ob jetzt der rechte Augenblick gekommen sei, auf deren Durchführung zu bestehen. Mit dieser Rückzugskanfare des Ultramontanismus ist der Bestand des jetzigen Ministeriums völlig gefährdet und es steht ihm eine Mehrheit zur Seite, über welche es bis jetzt noch nicht gebot: denn das ganze sogenannte linke Centrum ging zu ihm über, und sieht nun mit in den Reihen der Rechten gegen die Opposition. Bei der Abstimmung für den Antrag der Linken blieb diese mit 40 Stimmen allein gegen 76 der Mehrheit. (Nr. 87.) Von der Linken fehlten ebenso viele Mitglieder als von der Rechten, so daß wenigstens in Verfassungsfragen die Opposition stark genug ist, jedes ihr nicht zusagende Gesetz zu verwerfen.

Nach Erledigung der Adressfrage legte Hr. v. d. Pfordten einen Entwurf zur Erläuterung des §. 23 Tit. 7 der Verfassungsurkunde auf den Tisch des Hauses nieder. Darin soll die Krone ermächtigt werden, bei Vertagung der Kammern einen oder mehrere Ausschüsse ihre vorberathenden Arbeiten fortsetzen zu lassen. Wie ich höre, wird dieses Gesetz bloß bezüglich der Creirung neuer Gesetzbücher (Civil-, Straf- und Polizeigesetz) angenommen werden, einfachere Gesetze aber der Thätigkeit der außerhalb der Session versammelten Ausschüsse entgegen bleiben. Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf über kaufmännische Anweisungen ein.

In Betreff der Einführung bestimmter Gebetbücher für die Soldaten des Heeres ist eine Entschliessung des Kriegeministeriums erschienen.

**Ausbach, 14. Febr.** Die Hinrichtung der Kindesmörderin Christine Hillpert ist diesen Morgen unter dem Zusammenlaufe von mehr als 20,000 Menschen vor sich gegangen. Mit festem Schritt bestieg sie das Schaffot und blieb bis zum letzten Augenblicke ruhig. Bei dem Zuge nach dem Richtplatze wurde ein Bauernbursche im Gedränge erdrückt. (Münch. T.)

**Stuttgart, 13. Febr.** Heute Abend ist Staatsrath v. Linden nach Dresden abgereist, um bei Feststellung der Grundzüge der neuen

organischen Einrichtungen des Deutschen Bundes sich mitzubetheiligen. — Der König hat durch Entschliessung vom 11. Febr. genehmigt, daß das Einkommen sämmtlicher noch unter 700 Fl. stehenden evangelischen Pfarrstellen königlicher Collatur durch Zulagen aus dem geistlichen Unterstützungsfonds bis zu diesem Betrage sofort erhöht werde. Die den Geistlichen, welche in Folge der Abfindungsgesetze Verluste erleiden, aus den Ueberschüssen jenes Unterstützungsfonds zugesicherten Unterstützungen werden hierdurch keine wesentliche Vermindeung erleiden.

**Kassel, 14. Febr.** Mit dem kurhessischen Kriegsgericht scheint es nicht recht vorwärts gehen zu wollen. Man hört noch nicht, daß es eine Thätigkeit zu entwickeln angefangen hat. Mehrere der dazu commandirten bairischen Offiziere sollen Bedenken haben, als Mitglieder in dasselbe einzutreten, weil ihnen die der Competenz des neuen Kriegsgerichts zugewiesenen Sachen doch eigentlich nichts angingen.

Von Baiern werden sechs Bataillone Infanterie, ein Regiment Chevaulegers und anderthalb Batterien vorerst im Lande bleiben; die übrigen bairischen Truppen, etwa 5—6000 Mann, gehen in nächster Woche in ihre Heimat.

Mit einer Zwangsanleihe scheint Hassenpflug doch nicht zustande kommen zu können; die Schwierigkeiten, dieselbe ins Werk zu setzen, sind ihm wol zu groß. Wenigstens hört man seit gestern davon sprechen, daß der Plan dazu so gut wie aufgegeben sei, und daß man gegenwärtig im Ministerium mit einer Erhöhung der Grund-, Gewer- und Classensteuer sich beschäftige. Indes ist es, wenn auch gegenwärtig die Verfassung so gut wie aufgehoben ist, doch nicht wahrscheinlich, daß neue Steuern ohne Zustimmung einer Ständeversammlung werden aufgelegt werden. Auch würde dadurch dem Geldmangel nicht abgeholfen werden. Man ist hier sehr neugierig darauf, wie Hassenpflug Geld herbeischaffen wird. Rothschild wird sich gewiß nicht ohne sichere Garantien in ein Geschäft mit ihm einlassen. Wie man hört, geht man auch mit dem Gedanken um, die österreichischen Forderungen vorerst durch österreichische Papiere aus dem Hausschatze zu decken, wobei man zugleich ein gewinnbringendes Banquiergeschäft zu machen gedenkt. Das Land soll später den Betrag wieder ersehen. Aber auch ein solcher Plan ließe sich wegen der eidlischen Verpflichtung der betreffenden Direction und wegen des geheimen Ständeausschusses nicht ohne Gewaltthat ausführen.

Mit der Verpflegung der hier liegenden Oesterreicher sowie der im Lande noch zurückbleibenden Baiern soll nun eine die Hausbesitzer weniger drückende Einrichtung getroffen werden. Man will eine Menage einrichten, deren Kosten von sämmtlichen Bewohnern der Stadt getragen werden sollen, während die Quartiergeber außer dem Quartier nur Heizung und Licht stellen. Auch für die bisherigen Lasten der Hausbesitzer und der Ortskassen in Betreff der Einquartierung der Bundesstruppen soll eine vom ganzen Lande zu tragende Entschädigung geleistet werden.

Aus Oberhessen, insbesondere aus Marburg, hört man ebenfalls viele Klagen über den durch die übermäßige und lange Einquartierung herbeigeführten Nothstand.

**Kassel, 13. Febr.** Die Oberpostamts-Zeitung schreibt: Eine wiener Correspondenz vom 8. Febr., welche in verschiedene Blätter übergegangen ist, berichtet: „Von gutunterrichteten Personen hört man, daß beim Einmarsch der österreichischen Truppen in Kassel dem Commandanten verschiedene bei der Untersuchung aufgefundenen Documente zur Einsicht unterbreitet wurden, aus welchen sich die Existenz einer geheimen Verbindung mit republikanischer Tendenz ergeben haben soll. Dieselbe sollte in ihren Ausläufern bis nach Wien sich verzweigen. Die Sache wurde hierher telegraphirt und von den in den vergangenen Tagen vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen haben manche hiezu ihren Grund. Doch konnte man bis jetzt nichts Bestimmtes erfahren.“ Ich bin im Stande, diese Angaben, wenigstens soviel sie Kassel betreffen, als entstellte zu bezeichnen. Es hat hier selbst nur eine Haussuchung und zwar beim Buchhändler Raab stattgefunden und diese hat den Verdacht, den man hegte, nicht zu begründen vermocht.

**Wien, 14. Febr.** In der heutigen Sitzung des Zollcongresses wurden die Tariffätze für Eisenwaaren beraten und zwar nach den Abstufungen der Feinheit mit 5, 10, 15, 25 und 100 Fl. bei der Einfuhr festgestellt. Für Gold-, Silber- und Bijouteriewaaren ward ein Einfuhrzoll von 2 Fl. 30 Kr. per Pfund bestimmt, für Bijouterien feinsten Gattung 6 Fl. per Pfund.

**Oesterreichische Monarchie.**

Der wiener Neugierigkeitsbericht meldet: Es hat sich hier das Gerücht verbreitet, daß in Ungarn ein Aufstand unter den Tabackpflanzern ausgebrochen sei. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle können wir dieses Gerücht als übertrieben bezeichnen. Die Thatsache aber ist folgende: Am 1. Febr. roketten sich zu Bankut die Tabackpflanzler in großer Zahl zusammen und es kamen dabei verschiedene Aufwiegungsversuche und drohende Demonstrationen vor, die aber keineswegs gegen die Staatsbehörde, sondern gegen den Großhändler Wobjaner in Pesth, der mit den Ungarn einen Proceß führte und bloßselben nun zur Zahlung einer bedeutenden Schuld im Executionsweg anhalten wollte, gerichtet waren. Die Rädeleführer wurden verhaftet und dem Bezirksgericht zu Gyntye eingeliefert, womit die Unruhen beendet waren.

**Italien.**

Wir erinnern an den neulich mitgetheilten Brief des römischen Correspondenten der Times, der in sehr bestimmten Ausdrücken von der

beschlo  
ntle l  
der D  
Papst  
lung n  
schen  
hell. G  
zu stell  
beweise  
Tage  
Colonie  
and v  
würde,  
statter,  
berholt  
statter  
zu ver  
  
in Hon  
Toledo  
der Rd  
and 70  
Nuanju  
  
recht a  
baudier  
nicht a  
Minist  
veröff  
parteme  
scriptio  
kel zu  
geword  
den W  
Her für  
wirklich  
  
Nach d  
viel als  
mung  
gescheh  
zösisch  
nichts  
revolut  
der Gir  
das, so  
Oester  
Combin  
sich ger  
und Si  
Frankre  
werden  
bats vo  
land un  
eintritt  
in die  
möglich  
natürlich  
Oester  
Italien  
stört da  
diese sic  
und ein  
zubeuge  
Frankre  
Journal  
  
— I  
wird sei  
Rue de  
  
Er  
In  
zu erll  
regeln  
bringen  
gegen  
nets in  
bedeut  
mit all  
Triump  
clismus